



**GESUNDHEITLICHE
LANGZEITFOLGEN
VON SED-UNRECHT**



Politische Haft in der DDR

Ein Überblick für Fachkräfte im
Gesundheitswesen, Beratende und
die interessierte Öffentlichkeit

Gefördert durch:



Der Beauftragte der Bundesregierung
für Ostdeutschland

Worum geht es?

Zur Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR waren schätzungsweise 170.000 bis mehr als 350.000 Personen in politischer Haft. Bürger, die von den geltenden sozialistischen Normen abwichen, wurden von der Staatsführung gezielt politisch verfolgt und inhaftiert.

Mögliche Gründe für politische Haft (Auswahl):

- *eine aus Sicht der SED „falsche“ politische oder religiöse Gesinnung*
- *kritische Äußerungen gegenüber der Staatsführung*
- *Engagement für Bürgerrechte oder in der Umwelt- oder Friedensbewegung*
- *Fluchtversuch aus der DDR oder dabei geleistete Hilfe*
- *Stellen von Ausreiseanträgen*

Was haben politisch Inhaftierte erlebt?

Politisch Inhaftierte waren der uneingeschränkten Machtausübung des Ministeriums für Staatssicherheit unterworfen. Häufig erhielten sie harte Strafen und litten unter den schweren (Untersuchungs-) Haftbedingungen, darunter Verhöre, Demütigungen, Bedrohungen, systematischer Schlafentzug, Isolationshaft, entwürdigende Hygienebedingungen und mangelhafte medizinische Versorgung.

In den Haftanstalten herrschten strenge Hierarchien. Körperliche Übergriffe durch das Wachpersonal oder Mithäftlinge bis hin zu sexualisierter Gewalt konnten Teil des Haftalltags sein.

Die meisten leisteten Haftzwangsarbeit, unter weitgehender Missachtung von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Mit der Haftentlassung mussten Betroffene eine Verschwiegenheitserklärung unterschreiben, die formal ein Sprechen über das Erlebte untersagte. Häufig war ihr Leben danach weiterhin eingeschränkt (z. B. Überwachung, verstellte Berufswege).

Was sind die Folgen für Betroffene?

Viele der ehemals politisch Inhaftierten leiden bis heute an den weitreichenden Folgen des Erlebten. 30 Prozent von ihnen sind von Traumafolgestörungen betroffen (z. B. Posttraumatische Belastungsstörung). Insgesamt ist die Auftretenswahrscheinlichkeit für sämtliche psychische Erkrankungen erhöht. Häufig treten auch psychosomatische und somatische Erkrankungen auf. Die gesundheitlichen Folgen können chronisch werden. Mitunter treten sie erst Jahrzehnte später auf.

Die Folgeschäden werden selten anerkannt, da ein Nachweis des Zusammenhangs der Symptome mit der politischen Haft meist schwierig ist. Die Antragsverfahren für Entschädigungsleistungen sind psychisch oft belastend. Betroffene und auch ihre Angehörigen leiden häufig unter wirtschaftlichen (z. B. Bezug von Erwerbsminderungsrenten) und psychosozialen Folgen (z. B. Stigmatisierung).

Welche gesetzlichen Neuerungen gibt es?

Im mittlerweile „Sechsten Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR“ wurden maßgebliche Verbesserungen beschlossen (Auswahl):

- *Erhöhung und Dynamisierung der SED-Opferrente, unabhängig von der Bedürftigkeit (Ehrenpension)*
- *Verbesserung der Unterstützung von Familienangehörigen*
- *Möglichkeit der wiederholten Antragstellung im Rahmen der strafrechtlichen Rehabilitation*
- *Einführung einer kriterienbasierten Vermutungsregelung (statt Kausalitätsnachweis)*
 - » *eine Liste der als gesundheitlichen Folgestörungen definierten Krankheitsbilder und Diagnosen erscheint als Rechtsverordnung*

Die gesetzlichen Änderungen treten am 1. Juli 2025 in Kraft.

Ausführliche Informationen und Literaturhinweise

Frommer, J., Schomerus, G., Spitzer, C., & Strauß, B. (2025).
Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht
– Informationsbroschüre zum Verbundprojekt. Jena.

Zur Website

www.sed-gesundheitsfolgen.de



Zum Verbundprojekt

Das Verbundprojekt „Gesundheitliche Langzeitfolgen von SED-Unrecht“ ist eine Kooperation der Universitätskliniken Jena, Leipzig, Magdeburg und Rostock. Es wurde von 2021-2025 vom Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland (Förderzeichen: 411-AS 05/2021 und 411-AS 06/2024) gefördert.

